

besetzt und wollen sie auch weiterhin in der Hand behalten. Die Zahl der Verwundeten ist sehr schwer festzustellen, da die Arbeiter kommunistische Samarkolonnen bei sich hatten, die die verwundeten Leute sofort inoffiziell. In das Krankenhaus wurden bisher zwei schwer verletzte Arbeiter eingeliefert.

Auch in Wattenfeld kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Streikenden. Die letzteren versuchten, eine Konditorei zu stürmen, von der das Gerücht ging, sie habe der Schupo ein Dastauto zur Verfügung gestellt. Die Polizei war auch hier gezwungen, von der blanken Waffe Gebrauch zu machen, um die Ordnung wiederherzustellen.

Was wir bezahlen müssen.

London, 21. Mai. Der Finanzsekretär des Schatzamtes Graham teilte gestern dem Unterhaus schriftlich mit, daß die von der deutschen Regierung für Reparationsrechnung während des Finanzjahres 1923/24 geleisteten Beträge sich auf 11 111 000 Pfund belaufen einschließlich einer in Badermarkt gezahlten Summe von 784 000 Pfund, die in Deutschland selbst geflossen wurde. Die Kosten, die England für die Besatzungstruppen erwachsen, betragen 1 510 000 Pfund. Der Betrag, zu dem Deutschland für die Besatzungskosten verpflichtet sei, betrage jedoch nach dem interalliierten Uebereinkommen etwa 1 200 000 Pfund, die in dem obengenannten Gesamtbetrage von 11 111 000 Pfund einbegriffen seien. Großbritannien werde daher von der Reparationskommission für das Rechnungsjahr 1923/24 mit der Summe von 9 911 000 Pfund belastet werden.

Die Vernichtung Deutschlands.

Das Ziel, über das sich die Entente 1914 einig war. Paris, 20. Mai. Unter dem Titel „Drei Jahre der Geheimdiplomatie, die zum Kriege von 1914 führten“, hat der Oberst Converter ein Buch herausgegeben, das von allen gelesen werden muß, die sich über die Entstehung des Weltkrieges unterrichten wollen. Der wesentliche Inhalt sind die Briefe Jzwoffis, die zum größten Teil im „Berliner Tageblatt“ und dann in der „Humanität“ nach den Dokumenten des russischen Archivs veröffentlicht worden sind. General Percin, der das Buch in der „Ere Nouvelle“ bespricht, zitiert einen Bericht Jzwoffis vom 18. Oktober 1914 über eine Unterredung mit Delcasse. Jzwoffis schreibt über diese Unterredung: „Frankreich wünscht keine Gebietserweiterung außer der Rückgabe von Elsaß und Lothringen. Sein Hauptzweck ist — und darin sind die drei alliierten Mächte einig — die Vernichtung des Deutschen Reiches.“ Der General Percin fügt hinzu: „Seit zehn Jahren ist dem französischen Volke vorerzählt worden, daß es einen Krieg um das Recht geführt hat; heute erfährt es, daß der Kampf um die Vernichtung des deutschen Staates glanzvoll erklärt der Dual d'Orsay, daß sich im französischen Archiv keine Spur dieser Erklärung findet. Solche Dinge pflegen mündlich vereinbart zu werden.“

Sir Edward Goschen 7.

Der frühere englische Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen ist gestorben.

Sir Edward Goschen ist 1847 in London geboren als jüngster Sohn des verstorbenen englischen Staatsmannes Sir William Henry Goschen. Die Familie, ursprünglich Wöschchen, ist deutscher Abstammung, der Ahne war der Leipziger Buchhändler Georg Joachim Wöschchen, der die erste Ausgabe der gesammelten Schriften Goethes verlegte.

Edward Goschen besuchte das Rugby-Gymnasium in London und studierte in Oxford Rechtswissenschaften. Mit 22 Jahren trat er in den diplomatischen Dienst, war Attache in Madrid, wurde dritter Sekretär und kam dann zur Botschaft nach Rio de Janeiro. 1880 wurde er der Sonderbotschaft in Konstantinopel zugeteilt, von wo er 1886 nach Peking ging.

Seine weitere Laufbahn führte ihn nach Kopenhagen, Lissabon, Washington, Petersburg, Belgrad, Wien und 1908 kam er als Botschafter nach Berlin. Seine Ernennung war eines der Ergebnisse der Cronberger Entree zwischen Kaiser Wilhelm und Eduard dem Siebenten. Goschen stand in dem Maße, ein ausgesprochener Freund einer deutsch-englischen Annäherung zu sein. Er war bis zum Kriegsausbruch englischer Botschafter in Berlin.

Rückgang des Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 20. Mai berechnete Großhandelsindex des statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber dem Stande vom 13. Mai (123,8) einen Rückgang auf 122,2 oder um 1,3 Prozent. Von den Hauptgruppen sanken in dem gleichen Zeitraum die Lebensmittel von 108,5 auf 106,8 oder um 2 Prozent, dabei die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 91,7 auf 89,7 oder um 2,2 Prozent, die Industriestoffe von 152,4 auf 152,0 oder um 0,3 Prozent (dabei unverändert nur die Gruppen Textilroh- und Halbstoffe mit 211,4, sowie Kohle und Eisen mit 145,2). Die Inselwaren gingen von 112,8 auf 111,7 oder um 1 Prozent, und die Einfuhrwaren von 178,9 auf 176,0 oder um 2,2 Prozent zurück.

Der gerüttelte russische Staatshaushalt. Auf der kommunistischen Parteikonferenz des Moskauer Gouvernements teilte Rykoff mit, daß das Defizit des russischen Staatshaushalts auf 400 Millionen Goldrubel angewachsen ist. Die Staatsausgaben betragen nämlich 1 760 000 Goldrubel, denen aus Steuern, Zinsen usw. nur 1 360 000 Goldrubel Einnahmen gegenüberstehen. Die Produktion ist auf 50 Prozent des Standes vor dem Kriege gefallen (Beweis für die Höhe des russischen Wirtschaftssystems!). In der Wirtschaft herrscht eine katastrophale Geldknappheit. Die Kreditbewilligung für Landwirtschaft und Industrie muß notwendigerweise auf das Schärfe eingeschränkt werden.

Türkisch-russische Spannung. In der türkischen Presse wird die Einberufung der Nationalversammlung gefordert, da sich die türkisch-russische Spannung verschärft hat. Angora soll sogar angedacht haben, alle Russen aus der Türkei auszuweisen, wenn die Ausweisungen von Türken aus dem Kaukasus andauern.

Sächsischer Landtag.

Finanzminister Reinhold über die sächsischen Finanzen.

Der Landtag begann gestern die allgemeine Vorbereitung des Etats.

Finanzminister Dr. Reinhold eröffnete die Verhandlungen mit einer längeren Rede, in der er u. a. ausführte: Während die in Papiermarkt aufgestellten Etats der letzten Jahre infolge des Währungsverfalls vollständig in der Luft schwebten, steht der Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1924 wieder auf einigermassen sicherem Boden. In den Tagen der größten finanziellen Not schritt die Reichsregierung zur Emission der Schaffung der Rentenmark; sie steht fest und wird auch weiter feststehen, wenn nicht unerwarteterweise nicht vorauszusehende Ereignisse von innen und außen sie erschüttern sollten. Die Stabilisierung der Rentenmark aber ist nur möglich unter zwei Voraussetzungen: Sanierung der Staatshaushalte und Gesundung der Wirtschaft.

Fast noch schwieriger als die Anbahnung einer Gesundung unserer Wirtschaft war die Sanierung der Staatsfinanzen. Zur Balancierung des Etats ist es allerdings nötig, die Erhöhung der Mietzinssteuer auf zehn Prozent für den Staatsanteil vom 1. Juli ab durchzuführen. Auch nach dieser Erhöhung wird Sachsen vermutlich noch immer die billigsten Mieten in Deutschland haben. Neue Gesetzesvorschläge über die endgültige Regelung der Gewerbe- und der Grundsteuer sind in Vorbereitung. Beide Steuervorlagen werden sorgfältig geprüft. Es muß weiter nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Dienstbezüge der Beamten, Angestellten und Ruhegeldempfänger nur mit den seit 1. April 1924 gültigen Beträgen in die Einzelhaushalte eingestellt worden sind. Bei der auf die Dauer unerträglichen niedrigen Entlohnung der Beamtenbesätze, die dann auch wieder eine weitere Erhöhung der jetzt geltenden Arbeiterlöhne zur Folge haben wird, während des Rechnungsjahres zu rechnen, wobei ich ausdrücklich erwähne, daß die sächsische Regierung bei der Reichsregierung vorstellig geworden ist, daß die Gehälter schon vor dem 1. Juli erhöht werden.

Bei den nach kaufmännischen Grundsätzen betriebenen Unternehmungen des Staates besteht die wichtigste organisatorische Aenderung in der Uebertragung der Braunkohlen- und Elektrizitätswerke, des Steinölenwerkes Baderode und der Beteiligung des Staates an nichtstaatlichen Elektrizitätsgesellschaften auf die Aktiengesellschaft Sächsische Werke. Die künftigen Ergebnisse der staatlichen verbundenen Unternehmungen werden ganz davon abhängen, in welcher Weise sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland entwickeln werden. Die Grundlagen der staatlichen sächsischen Betriebe sind zweifellos gesund. Von den Kraftwagenlinien befinden sich neuerdings elf wieder in Betrieb und bis Anfang Juni steht die Inbetriebnahme weiterer sechs Linien in Aussicht. Es ist erfreulich, daß auch auf dem Gebiete des Luftverkehrs es sich stärker zu regen beginnt. Der Staat schlägt dem Landtag die Gewährung eines Darlehens an die Sächsische Flughafenbetriebs-G. m. b. H. vor. Sachsen hat im Reichsrat durchgesetzt, daß bei besonderen Fällen eine Aufwertung auch der Staats- und Gemeindeanleihen stattfinden kann und hat mit der Aufwertung der Zinsen seiner achtprozentigen Anleihe von 1923 als der einzigen nicht vom Reiche zu verzinsenden und zu tilgenden Badermarktschuld die Sachsen hat, als erster deutscher Staat eine Aufwertung im möglichen Umfange vorgenommen.

Als erster Redner tritt Abg. Casan (Soz.) mit der Vereinfachung hinsichtlich der Drucklegung des Etats und des Rechnungsfahrberichtes nicht weiterzugehen, denn es sei nötig, daß jeder Abgeordnete von diesen Dingen unterrichtet werde. Die Steuern, leider meist indirekte, seien wesentlich zu erhöhen. Die Beamtengehälter, besonders die der unteren Stufen, seien viel zu niedrig. Bei der Polizei seien Ersparnisse möglich durch eine zweckmäßigere Organisation der Verwaltung. Bei der Einstellung von Polizeibeamten dürfe nicht der militärische Dienstgrad maßgebend sein. (Abg. Hofmann ruft: Es sollen nicht Parteifunktionäre, sondern berufene Fachleute Vorgesetzte sein.) Das Sachverständigengutachten bilde eine große Gefahr für die deutsche Wirtschaft aber es sei nötig, endlich mit unseren Gegnern ins reine zu kommen.

Abg. Kunzsch (Dnt.) bemängelt die verspätete Vorlegung des Etats. Zur Gesundung unserer Wirtschaft und Herbeiführung einer aktiven Handelsbilanz seien vor allem nötig eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion des Landes und eine gesunde Binnenwirtschaft. Eine Gesundung unserer Wirtschaft habe zur unbedingten Voraussetzung, daß unsere Beamten und Arbeiter nicht unter einem Verdienst leiden, der ihnen Anschaffungen unmöglich macht.

Abg. Anders (D. Sp.): Der wichtigste Punkt des Etats liegt in dem Hinweis des Finanzministers, daß die Erhöhung der Beamtengehälter auf den Friedensstand noch 400 Millionen Goldmark erfordern würde. Die Aufwertung der Gehälter, die kommen werde und müsse, finde keine Deckung im Haushalt. Er begrüßte das Bestreben der Regierung, die Gehälter der Beamten spätestens am 1. Juli zu erhöhen. Wünschenswert sei, daß eine Balancierung des Staatshaushaltes nur möglich sei durch die Steuern. Wo bleiben denn die Erträge der staatlichen Betriebe? Angesichts der herrschenden Kreditnot müsse in weitestgehendem Maße Stundungen für Steuern und Abgaben gewährt werden. Seine Partei erwarte eine Neuregelung der Steuerbefreiungen im Herbst.

Abg. Wöschchen (Komm.) sagte: Seine Partei lehne den übertriebenen Staatseinkommen gegenüber und lehne deshalb der sächsischen Klassenregierung den Staat ab. Das sei in Sachsen eine hässliche Regierung unter der Herrschaft der Sozialdemokratie haben, welche die

Gründung des nationalen Klubs, der das Einheitsbrot der Regierungskoalition der Reichstagen sei. (Gelächter.) Die Rede des kapitalistischen Finanzministers sei abgelehnt gewesen auf einen Betrag der Ueberwindung der gegenwärtigen Krise. Die kapitalistische Wirtschaft werde nie zu einer Stabilisierung kommen.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) wendet sich zunächst gegen die deutschnationale Anfrage, in der der Regierung wegen der verspäteten Vorlegung des Etats verfassungswidriges Verhalten vorgeworfen wird. Von einer Verfassungsprüfung könne keine Rede sein. Nach der Inflationsperiode sei eine frühere Vorlegung des Etats nicht möglich gewesen. Der Ausgleich im Staatshaushalt sei nur unter großen Opfern möglich gewesen. Auch seine Partei sei gegen die unsoziale Mietzinssteuer, die am 1. Juli auch noch um 5 Prozent erhöht werden solle, aber die dadurch ausfallenden 15 bis 18 Millionen Mark seien auf anderem Wege nicht einzubringen. Die Ueberweisungen des Reiches an Sachsen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer seien viel zu gering. Hier wird ein falscher Verteilungsschlüssel angewendet. Unsere Staatsbetriebe müssen ertragsfähiger werden, besonders auch die staatlichen landwirtschaftlichen Betriebe, die unter der Steuerfreiheit ein sehr günstiges Arbeiten haben. Die Vergebung der staatlichen Güter sollte öffentlich geschehen. Die Umstellung in der Forstverwaltung sei vorsichtig vorzunehmen. Man dürfe sich nicht von einer augenblicklichen Erparnis plündern lassen. Die Ausgestaltung der sächsischen Staatszeitung sei dringend nötig. Die dort beschäftigten Herren müßten sich nach den politischen Anforderungen der Zeit richten. Zum Schluß legte sich Redner unter fortwährendem Toben der Kommunisten mit diesen auseinander und sprach ihnen die Berechtigung ab, gegen eine ertragsfähige Erfüllungspolitik aufzutreten.

Von Stadt und Land.

Mai, 22. Mai.

Botanischer Ausflug der Volkshochschule. Die Matenpracht unserer Wiesen und Wälder durch liebevolle Beschäftigung mit dem Leben der Pflanzen und ihren botanischen Eigenarten weiteren Kreisen zu erschließen, beabsichtigt die Volkshochschule Aue mit der ersten naturwissenschaftlichen Wanderung am nächsten Sonnabend, den 24. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr. Schuldirektor Zell führt vom Eintritt der neuen Niederstraße in den Wald beim Kirchhainischen Waldhaus bis nach der Brinzenhöhle. Jeder Teilnehmer muß rechtzeitig eine Teilnehmerkarte (bei Rotke oder im Konsumverein) lösen.

Die ausgerufenen Reichsschachanweisungen werden, wie uns von maßgebender Stelle aus mitgeteilt wird, noch bis 31. Mai dieses Jahres zur Einlösung angenommen.

Stenographenverein Gabelberger Aue. In schöner harmonischer Weise verließ das am 17. Mai im Saale des Bürgergartens veranstaltete 88. Stiftungsfest. Ein vorzügliches Konzert, ausgeführt von den Herren Konzertmeistern Karl Partzigt und Johannes Wagner, Mitgliedern des Gewandhaus-Orchesters Leipzig sowie Herrn Gottschalk, leitete den Abend ein. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Groß, richtete herzlich Begrüßungsworte an die Erschienenen. Wegen 25jähriger Vereinszugehörigkeit bekamen die Herren Bruno Bauer, Paul Leonhardt, Albert Engel (80 Jahre), Emil Kuborf, Max Schief, Otto Semmler, Oskar Sutter und Bruno Timaeus eine Anerkennung. Während des Festes erfolgte noch die Verteilung der Diplome an die Sieger des Hauptpreisschreibens des Verbandes Westergebirge.

Von den Auer Lichtspielbühnen.

Apollo-Lichtspielhaus. Vom 22. bis 25. Mai wird im Apollo-Theater der neue Angofilm der Deutlich „Ein Kind — Ein Hund, ein Spiel von kleinen Seelen“ zur Aufführung gelangen. Dieser Film findet seinen ganz besonderen Reiz in der Geschichte eines verwundeten Pudels, der im Hundehospital den anderen Patienten die Geschichte seiner rührenden Kämpfe für seinen Herrn, einem kleinen, allen Abten preisgegebenen Jungen, erzählt. Die Geschichte, die der Pudel Bobby berichtet, führt durch alle Tiefen des menschlichen Schicksals. Ein schwacher Vater überläßt, betört von der Schönheit einer Gesellschaftlerin und von Nebenbuhlern aus dem Wege geräumt, sein einziges Kind einer grausamen Umgehung. Der tragische Kampf der von dem Kinde getrennten Mutter wird durch die unerfährliche Treue des Pudels schließlich zu einem Siege geführt.

Die Absehung des Amtshauptmanns Dr. Sievers.

Großes Aufsehen erregte im August vorigen Jahres die Zwangsentsorgung des Reichner Amtshauptmanns Dr. Sievers, der von der Feigener-Riedmann-Regierung auf Grund des Beamtenpflichtgesetzes in den einseitigen Ruhestand versetzt wurde. Niemand mochte sich diese Maßnahme zu erklären, denn Sievers war politisch nie hervorgetreten. — Am Dienstag beschäftigte sich der Untersuchungsausschuß des Landtages für die Beamtenpolitik des Kabinetts Feigener mit diesem Fall, teils in geheimer, teils in öffentlicher Sitzung. Es stellte sich dabei heraus, daß gegen Dr. Sievers im Frühjahr 1923 ein Verfahren vom Ministerium eingeleitet worden war, weil er angeblich die Eingemeindungen der Rittergüter seines Bezirkes nicht schnell genug betreiben hätte. Das Verfahren ist bald wieder eingestellt worden, weil sich nichts Belastendes ergab. Da Herr Riedmann so nichts erreichen konnte, nahm er sofort nach Verabschiedung des Beamtenpflichtgesetzes dieses zu Hilfe, um Sievers zu befeitigen und damit seinem Parteigenossen Schmidt, dem langjährigen Reichstagsabgeordneten den Weg zum Reichner Amtshauptmannsposten zu öffnen.

In der Ausschussverhandlung schilderte der frühere Amtshauptmann die Verhältnisse im Reichner Bezirk. Dort seien mit einer oder zwei Ausnahmen mehr Rittergüter als in jedem anderen Bezirk, nämlich ungefähr 60. Trotzdem sei er mit seinen Eingemeindungen schneller fertig geworden als andere Bezirke. Die Verhandlungen mit den Rittergütern gestalteten sich oft recht schwierig wegen der vielfach verwickelten Verhältnisse. Er habe niemals vom Ministerium eine Mitteilung erhalten, daß es mit dem Gang der Verhältnisse im Bezirk nicht zufrieden sei oder daß die Eingemeindung zu